

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen
Bundestages
Außenpolitische Sprecherin
B90/Die Grünen

NRW - Termine

- 07. Juni** Treffen mit Frauen-NGO's aus Korea
- 09. Juni** Deutschlandfunk/Live-Sendung Kontrovers
Welche Richtung nimmt die USA?
- 09. Juni** Mitgliederversammlung der Kölner Grünen
- 10. Juni** Gespräch mit Medica Mondiale
- 22. Juni** Sommerfest des OV Porz
- 06. Juli** CSD Parade

Themen

- 01** 60 Jahre Israel
- 02** Irak
- 03** Afghanistan
- 04** Südafrika
- 05** Simbabwe
- 06** Kenia
- 07** Kongo
- 08** Birma
- 09** Dalai Lama
- 10** Energieaußenpolitik
- 11** 25 Jahre Grüne im Bundestag

Wahlkreisbüro

Ebertplatz 23
50668 Köln

☎ 0221 - 72 20 369

☎ 0221 - 97 25 710

✉ mail to: Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

Liebe Freundinnen und Freunde,

In der Diskussion um die Kandidatur für das Amt des/der Bundespräsidenten/in plädiere ich ganz klar dafür Gesine Schwan zu unterstützen. Frau Schwan versteht es, Debatten zu öffnen, die demokratische Kultur zu fördern und kann so neu für Politik begeistern. Die Unterstützung der Grünen ist für mich keine Frage von Mehrheiten im Bundesrat, sondern allein von Inhalten. Die etwaige Unterstützung der Linkspartei für Frau Schwan darf kein Hindernis sein. Warum sollten wir nicht mit den Linken eine Kandidatin wählen, die gut ist?

Eine gemeinsame Wahl Schwans ist auch kein Signal für eine rot-rot-grüne Koalition nach der Bundestagswahl 2009. Mit solchen Besorgnissen geht die SPD nur einer »Rote-Socken-Kampagne« der Union auf den Leim. Eine Koalition mit der Linkspartei im Bund in 2009 ist z. Zt. völlig unrealistisch, vor allem wegen der Positionen der Linken in der Außenpolitik. Wir brauchen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linken, keine pauschalen Abgrenzungskampagnen.

Horst Köhler ist von Westerwelle und Merkel klar als Kandidat des schwarz-gelben Lagers präsentiert worden, obwohl das seiner Amtsführung nicht gerecht wird. Als Staatsministerin im Auswärtigen Amt habe ich Köhler auf Reisen begleitet. Es ist ihm wie selten einer anderen deutschen Führungspersönlichkeit gelungen, die Afrikapolitik so engagiert und parteiisch zu besetzen. Dafür verdient er unser aller Respekt.

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

Letzte Woche begingen wir im Bundestag das Jubiläum des Staates Israel mit dem wir historisch in besonderer Weise verbunden sind. 60 Jahre Israel, das ist vor allem aus deutscher Sicht ein besonderes Jubiläum, denn es ist nicht selbstverständlich, dass 63 Jahre nach dem Kriegsende, den nationalsozialistischen Verbrechen und der Schoah heute enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und Israel bestehen. Aber "60 Jahre Israel" bedeutet leider auch heute noch für die Israelis die Suche nach Sicherheit, nach Normalität und nach einem friedlichen Leben ohne ständige Bedrohung.

Dazu gab es am 29. Mai eine Debatte im Bundestag. Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Israel mittlerweile sehr wohl weiß, dass langfristig nur eine **friedliche Zweistaatenlösung**, und zwar entlang den 67er-Grenzen und nicht eine militärische Lösung, wirklich mehr Sicherheit bringen wird. Gerade von uns wird ja zu Recht wegen unserer besonderen Verantwortung erwartet, dass wir auch die kritischen Punkte des Nahost-Friedensprozesses ansprechen, und zwar in beide Richtungen. Kritische Punkte sind natürlich der Rückzug der Israelis aus dem größten Teil der Siedlungen, eine Kompromisslösung in der Jerusalem-Frage und Zugeständnisse in der Palästinenserfrage und in der Flüchtlingsfrage.

Jossi Beilin, der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei Meretz-Yachad und Hauptinitiator der Genfer Initiative, hat es so formuliert:

„Ein wirklicher Freund mischt sich in den Friedensprozess ein.“

Für meinen Redebeitrag erhielt ich viel Zustimmung von allen Fraktionen im Bundestag – auch von einer israelischen Besuchergruppe, die zu diesem Zeitpunkt in Hause anwesend war. Für mich ist und bleibt nach wie vor eine friedliche Lösung in Nahost eine wichtige Herzensangelegenheit

Darüber hinaus haben wir Grünen die Diskussion um einen ‚Strategiewechsel‘ in Afghanistan im Bundestag weiter fortgesetzt. Im Vorfeld der "Paris-Konferenz" am 12. Juni, setzt die Grüne Fraktion sich besonders für die Aufstockung der Mittel zum zivilen Aufbau, für einen Strategiewechsel auch beim zivilen Engagement sowie für die Erhöhung der Anstrengungen bei der Polizeiausbildung ein. Die Bundestagsfraktion bereitet dazu vier regionale Diskussionsangebote vor. Am 30.6. in Stuttgart und am 3.7. in Hamburg, am 20. August in Kassel und am 28. August in der Auslandsgesellschaft in Dortmund, mit Ute Koczy, Winni Nachtwei, Arvid Bell, Wilhelm Achelpöhler und mir.

Von Paris erwarten wir eine kritische Überprüfung der Ziele der internationalen Gemeinschaft für den Staatsaufbau in Afghanistan..

Ich wünsche Euch eine informative Lektüre und stehe natürlich für Nachfragen und Anregungen zur Verfügung.



Eure Kerstin Müller

Für weitere Informationen:
www.kerstin-mueller-mdb.de
www.gruene-bundestag.de

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

01 Mazel tov! 60 Jahre Israel

Auszug aus meiner Rede vom 29. Mai

60 Jahre Israel, das ist vor allem aus deutscher Sicht ein besonderes Jubiläum, denn es ist nicht selbstverständlich, dass 63 Jahre nach dem Kriegsende, den nationalsozialistischen Verbrechen und der Schoah heute enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und Israel bestehen.

Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen entwickelte sich zwischen der Bundesrepublik und Israel ein immer enger werdender, sehr guter Dialog auf politischer, kultureller und persönlicher Ebene sowie ein intensiver und sehr konkreter Austausch, der Sie mit bei den Regierungsverhandlungen beschlossenen Programmen weiter fortgesetzt wird. Im Hinblick auf die Ergebnisse von Umfragen anlässlich des 60-jährigen Jubiläums Israels ist dieser Austausch - vor allem unter Jugendlichen - für die Zukunft unserer Beziehungen besonders wichtig.

Ständiger Dialog ist wichtig

Laut aktueller Untersuchungen teilt eine Mehrheit der Deutschen - nämlich 53 Prozent bis 63 Prozent nicht mehr die Auffassung, dass wir Deutschen aufgrund unserer Geschichte eine bleibende und besondere Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit Israels haben. Wir alle müssen gemeinsam daran arbeiten, dass sich dieser Eindruck nicht. Sehr zentral in diesem Zusammenhang sind Programme, die den Dialog zwischen Jugendlichen fördern, wie zum Beispiel das Johannes-Rau-Stipendienprogramm. Ganz konkretes Erleben kann die Bilder in den Köpfen auf beiden Seiten verändern. Jugendliche aus Israel, die zwei Wochen in Deutschland waren, sagen danach, dass sie ein ganz anderes Bild von den Deutschen gewonnen haben und dieses mit nach Hause nehmen. Daher müssen wir auf allen Ebenen noch viel mehr Möglichkeiten für einen solch intensiven Jugendaustausch schaffen.

Sicherheit ist Grundvoraussetzung

60 Jahre Israel, das ist die Geschichte eines eigenen Staates, der für seine Bürgerinnen und Bürger, für viele Jüdinnen und Juden in der ganzen Welt vor allem mit Blick auf die leidvolle Vergangenheit nicht selbstverständlich ist; denn "60 Jahre Israel" bedeutet leider auch heute noch die Suche nach Sicherheit, nach Normalität und nach einem friedlichen Leben ohne ständige Bedrohung.

Ich habe selbst erlebt, wie existenziell diese Frage der **Sicherheit** für die Menschen in Israel ist. Am Abend des 1. Juni 2001, als einer der schrecklichsten Anschläge in Tel Aviv verübt wurde, nämlich auf eine Diskothek, das "Dolphinarium", bin ich gemeinsam mit Joschka Fischer dort angekommen. Wir haben dieses furchtbare Blutbad erlebt, bei dem 21 junge unschuldige Israelis im Alter von 14 bis 32 Jahren starben und über 100 verletzt wurden. Es war absolut entsetzlich. Deshalb ist es die Pflicht jeder demokratisch gewählten Regierung dieser Welt alles zu versuchen, ihre Bevölkerung vor einem solchen Terror zu schützen.

Klar ist: Solange Staaten wie Iran und Syrien das Existenzrecht Israels nicht anerkennen, solange radikal-islamistische Palästinensergruppen wie die Hamas Israels Zivilbevölkerung mit Anschlägen terrorisieren, so lange wird diese Sicherheitsfrage für jede israelische Regierung, ob links oder konservativ, zu Recht die Kernfrage in allen Friedensverhandlungen

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

Zweistaatenlösung

Was sind die kritischen Punkte bei einer Zweistaatenlösung? Mehr Sicherheit für die Israelis wird es nicht geben ohne Rückzug aus dem größten Teil der Siedlungen, nicht ohne einen Kompromiss in der Jerusalem-Frage und nicht ohne Zugeständnisse in der Palästinenser- und in der Flüchtlingsfrage. Wir sollten die Israeli ebenso wie die Palästinenser mit der Lösung des Konflikts ausdrücklich nicht alleinlassen. Entscheidende Voraussetzungen für die dauerhafte Sicherheit Israels sind eine Akzeptanz durch die Nachbarn und die Verwirklichung einer Zweistaatenlösung. Gerade aus dieser Erkenntnis heraus wünschen wir Israel zum 60. Geburtstag nichts sehnlicher, als gemeinsam mit seinen Nachbarn den notwendigen Mut zum Frieden zu finden.

02 IRAK – besonders schutzbedürftige irakische Flüchtlinge zügig aufnehmen

Bis zu 4,5 Millionen Irakerinnen und Iraker sind in- und außerhalb Iraks auf der Flucht. Die grüne Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag vorgelegt (Drs.16/7468), die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen fordert. Besonders die Nachbarländer Syrien und Jordanien sind von der Flüchtlingskatastrophe betroffen. Durch die ca. 750 000 Irakerinnen und Iraker im nur 6 Mio. EinwohnerInnen zählenden Jordanien und die ca. 1,4 Mio. Flüchtlinge in Syrien entstehen enorme wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderungen. Libanon, Ägypten und die Türkei sind weitere Hauptzufluchtsländer. Die internationale Gemeinschaft reagiert bisher nur unzureichend auf die Flüchtlingskatastrophe im Irak und den Nachbarländern. Der UNHCR hat über 13.000 besonders hilfsbedürftige Personen identifiziert, die nicht in den Irak zurückkehren können. Nur wenige hundert wurden bisher aufgenommen. Auch in Deutschland ist bisher nichts geschehen.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich seit langem für eine Kontingenzlösung zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger irakischer Flüchtlinge in Deutschland ein.

Wir schlagen vor, dass Deutschland entsprechend vom UNHCR identifizierte Flüchtlinge aufnimmt. Dabei geht es nicht nur um Angehörige religiöser Minderheiten sondern ebenso um Traumatisierte, Kinder oder kranke Menschen, und andere verfolgte; nicht Islamische Minderheiten etwa Sunniten, die unter keinen Umständen auf absehbare Zeit in den Irak zurückkehren können. Die Hilfe darf nicht an innenpolitischen Debatten in Deutschland scheitern. Die CDU verhinderte bisher selbst eine rasche Lösung, weil nur Angehörige der christlichen Minderheiten aufgenommen werden sollten, wie es Innenminister Schäuble auf europäischer Ebene lange gefordert hatte

Die späten Einsichten von Herrn Schäuble

Wir begrüßen, dass Deutschland nach mehr als einem Jahr Hin und Her in der großen Koalition am 5. Juni im EU-Innenministerrat die Aufnahme irakischer Flüchtlinge vorgeschlagen hat, die besonders schutzbedürftig sind, und nicht nur Angehörige religiöser Minderheiten. Das ist ein wichtiges humanitäres Signal. Diesen Schritt haben wir bereits während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Mai 2007 gefordert.

Bedauerlich ist, dass sich die konkrete Aufnahme der Flüchtlinge wohl noch bis zur nächsten Justiz- und Innenministerkonferenz im Herbst hinziehen wird.

Deshalb sollte Deutschland, wie bereits Schweden, mit gutem Beispiel vorangehen und sofort und unbürokratisch irakische Flüchtlinge aufnehmen.

Meine Rede vom 5. Juni im Plenum findet ihr unter:

<http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/rubrik/5/5066.reden.html>

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

03 - Staatsaufbau in Afghanistan

- Pariskonferenz zur kritischen Überprüfung und Kurskorrektur beim Afghanistan-Compact nutzen-

Im Vorfeld der "Paris-Konferenz" am 12. Juni hat die Grüne Fraktion in einem Antrag die Herausforderungen an den Aufbau in Afghanistan beschrieben. Damit wird die Diskussion um einen "Kurswechsel" in Afghanistan fortgesetzt. Seit langem setzen wir uns dafür ein, dass besonders der zivile Aspekt im Aufbau gestärkt und auch die öffentliche Debatte darüber intensiviert wird. Der grüne Antrag zu Afghanistan fordert auch beim zivilen Aufbau einen Strategiewechsel, das heißt sowohl eine Aufstockung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit als auch etwa eine Erhöhung der Anstrengungen bei der Polizeiausbildung.

Neue Mittelzusagen allein werden nicht ausreichen. Die Gebergemeinschaft muss ihr Engagement in Afghanistan kritisch unter die Lupe nehmen und realistische Ziele formulieren. Im Vordergrund stehen sollte eine Stärkung der afghanischen Staatlichkeit und Kapazitäten. Obwohl Fortschritte in vielen Bereichen existieren bleibt die Gesamtlage in Afghanistan aber problematisch. In Paris erwarten wir deshalb eine kritische Überprüfung der Ziele der internationalen Gemeinschaft.

Ihr findet den Antrag unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608887.pdf>

04 - Südafrika muss stabil bleiben

In den vergangenen Wochen eskalierte die Gewalt in den Armenvierteln vieler südafrikanischer Großstädte wie in Johannesburg oder Kapstadt. Erstmals seit Ende der Apartheid 1994 kam die Armee wieder im Inland zum Einsatz, was die Dramatik der Lage unterstreicht. Bislang sind rund 62 Tote, 670 Verletzte und über 40.000 im Land vertriebene Ausländer überwiegend Simbabwer und Mosambikaner zu beklagen.

Jetzt bewahrheitet sich, wovor viele Experten schon seit Jahren gewarnt haben. Der aufgestaute Zorn der Township-Bewohner darüber, dass sie immer ärmer und Reiche immer reicher werden, gepaart mit einer seit Jahren zunehmendem Fremdenfeindlichkeit, entlädt sich jetzt gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft, den vier Millionen ausländischen Flüchtlingen. Rund drei Millionen von ihnen stammen allein aus Simbabwe. Sie sind auf der Flucht vor dem Gewaltregime Mugabe.

Wer allerdings wie Mbeki öffentlich die Krise in Simbabwe leugnet, muss sich nicht wundern, dass sich gegenüber den Flüchtlingen Rassismus breit macht. Die Ausschreitungen sind vor allem Ergebnis einer verfehlten Einwanderungs-, Sozial- aber auch Außenpolitik der Regierung Mbeki.

Wir verurteilen jegliche Form von Fremdenfeindlichkeit ob nun in Europa, Afrika oder anderswo auf der Welt.

Die Gewalt muss unter allen Umständen gestoppt werden. Die südafrikanische Regierung muss die Gewalt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln jetzt schnellst möglich beenden und insbesondere den Flüchtlingen den erforderlichen Schutz gewähren. Die Regierung Südafrikas sollte ihr Einwanderungsrecht reformieren und wirksame Programme zur Ausländerintegration entwickeln.

Die akuten Spannungen können aber nur verringert werden, wenn die drei Millionen Simbabwer möglichst schnell in ihre Heimat zurückkehren können. Dafür muss das Gewaltregime unter Mugabe ein Ende finden.

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

05 Simbabwe - Mugabe nimmt Hunger bewusst in Kauf

Hinzu kommt in Simbabwe auch noch ein Arbeitsverbots internationaler Hilfsorganisationen

Als eines der Ersten Hilfswerke war CARE international betroffen. Mehr als 1,8 Millionen Simbabweer erhalten jetzt keine Unterstützung mehr bei Wasser-, Sanitär- und Landwirtschaftsprojekten.

Das Arbeitsverbot ist ein weiterer Schlag Mugabes ins Gesicht der Hunger leidenden Bevölkerung, die dringend auf die Internationale Hilfe angewiesen ist. Mugabe lässt sein Volk hungern, um es politisch gefügig zu machen. Gerade zu zynisch ist, dass Mugabe auf dem Welternährungsgipfel in Rom die internationalen Sanktionen, die sich nur gegen wohlhabende Regierungsmitglieder richten, für den Hunger in Simbabwe verantwortlich macht. Allein er hat den Hunger im Land zu verantworten. Er setzt den Hunger gezielt als politische Waffe ein.

Kurz vor der Stichwahl um das Präsidentenamt am 27. Juni läuft die Unterdrückungsmaschinerie Mugabes wieder zur Hochform auf. Der Rausschmiss der Hilfsorganisationen reiht sich unmittelbar ein in die Verhaftung führender Oppositioneller, Menschenrechtsaktivisten und dem Angriff auf Diplomaten der USA und Großbritanniens.

Auch die umfangreiche chinesische Waffenlieferung des Frachters An Yue Jiang soll das Land erreicht haben. Eine blutige Auseinandersetzung wird immer wahrscheinlicher. Ein freier und fairer Wahlkampf ist so unmöglich.

Ausgerechnet der zentrale Vermittler Südafrika bleibt weiterhin stumm. Andere afrikanische Regierungschefs wie der kenianische Premierminister Raila Odinga prangern offen Mugabe als eine "Schande für Afrika" an. Wir fordern Thabo Mbeki auf, jetzt endlich seine verfehlte Politik der stillen Diplomatie aufzugeben. Er darf Mugabe nicht länger schützen und muss sich endlich offen und unmissverständlich für die Bürger Simbawwes, deren Versorgung, Unversehrtheit und ihre demokratischen Rechte einsetzen.

Südafrika muss spätestens jetzt zusammen mit anderen afrikanischen Staaten, der SADC und AU ein klares Zeichen setzen. Sie müssen eine konzertierte diplomatische Initiative starten. Sie müssen jetzt die Zulassung internationaler Wahlbeobachter fordern. Auch die EU muss den diplomatischen Druck auf Südafrika erhöhen.

06 Chance für Kenia

Vier Monate nach den Parlaments- und Regierungswahlen in Kenia wurde in Nairobi die erste große Koalitionsregierung vereidigt. Die Koalition wird von den ehemaligen erbitterten Widersachern Präsident Mwai Kibaki und dem neuen Premierminister Raila Odinga angeführt. Kenia versucht damit einen Schlusspunkt unter die jüngste politische Krise zu setzen. Nach der gefälschten Präsidentschaftswahl zugunsten Kibakis im Dezember 2007 wurde das Land von einer beispiellosen Welle der Gewalt erfasst. 1500 Tote und 350.000 Vertriebene waren die Folge. Das Land stand kurz vor einem Bürgerkrieg. Trotz massenhafter Menschenrechtsverbrechen erwiesen sich seinerzeit die beiden Kontrahenten Kibaki und Odinga unfähig, zum Wohle des Volkes aufeinander zuzugehen.

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

Einigung

Erst das entschlossene Handeln der internationalen Gemeinschaft, allen voran der Afrikanischen Union (AU) und ihres Chef-Vermittlers Kofi Annan, brachte den Menschen in Kenia wieder Hoffnung. Geschickt hatte Annan den Druck auf die Streitparteien erhöht, indem er gewichtige internationale Vertreter nach Kenia lotste. Am 28. Februar einigten sich die Streitparteien schließlich auf die Bildung einer großen Koalition. Der Fall zeigt, dass zivile multilaterale Krisenbearbeitung in Afrika erfolgreich sein kann, wenn die internationale Gemeinschaft mit der AU an einem Strang zieht. Er zeigt ferner die zentrale Bedeutung eines international angesehenen und erfahrenen Krisenmanagers. Dieses entschlossene und rechtzeitige Handeln wäre auch für andere Krisenherde in Afrika, so in Darfur oder im Ost-Kongo wünschenswert gewesen. Das große Leid der Menschen dort wäre so zu verhindern gewesen.

Die Regierungsbildung in Kenia markiert ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes und eröffnet die Chance auf eine friedliche Zukunft. Die künftige Zusammenarbeit der einstigen politischen Gegner wird hoffentlich auch zu einem Vorbild für ganz Afrika werden.

Ursachen der Krise aufarbeiten

Trotz des Verhandlungserfolgs Annans kann die Gewalt jedoch immer wieder aufflammen. Deshalb muss die neue kenianische Regierung die tiefer gehenden Ursachen der Krise aufarbeiten. Sie muss sich für einen Versöhnungsprozess nach den zurückliegenden Gewaltexzessen entschieden einsetzen und die Korruption im Land auf allen Ebenen bekämpfen. Die internationale Gemeinschaft, die AU, die EU und die Bundesregierung sind aus ihrer Schutzverantwortung gegenüber den Menschen in Kenia solange nicht entlassen, bis eine grundsätzliche Veränderung der Lage erfolgt ist.

Seit Beginn der Krise haben wir Grüne zum nachhaltigen Handeln ermahnt. Mit unserem parlamentarischen Antrag "Kenia stabilisieren, Entwicklung in Frieden unterstützen" unterstreichen wir dies nochmals.

Link zum Antrag: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608403.pdf>

Meine Rede im Bundestag dazu: www.kerstin-mueller-mdb.de

07 Kongo: Fragestunde im Bundestag

Ein Beispiel für die mangelhafte Friedenssicherungspolitik der Bundesregierung ist die Demokratische Republik Kongo. Die Bundesregierung feiert den Bundeswehreininsatz zur Absicherung der Wahlen im Kongo vor zwei Jahren als Erfolg, hat aber anschließend die Chance zur Friedenskonsolidierung viel zu wenig genutzt. Das Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung im Kongo ist hierzulande wieder auf das Vorwahlniveau geschrumpft. Vor allem im Osten des Kongos ist die humanitäre Lage katastrophal. Massenvergewaltigungen werden nach wie vor von allen Seiten als Kriegswaffe eingesetzt. Deshalb gehört der Kongo wieder ganz oben auf die politische Agenda.

Aus diesem Grunde habe ich am 7. Mai in der Fragestunde des Bundestages die Bundesregierung zu dem in Deutschland lebenden Präsidenten der Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR) Dr. Ignace Murwanashyaka befragt. Der FDLR-Präsident, dessen Miliz im Ostkongo aktiv ist, ging bis vor kurzem hierzulande unbehelligt seinem politischen Geschäft nach, obwohl er auf den Sanktionslisten von VN und EU geführt wird. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Murwanashyaka.

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

Nach Berichten von Human Rights Watch und anderer NGOs ist die FDLR für beispiellose massenhafte Vergewaltigungen verantwortlich und das Haupthindernis für eine friedliche Entwicklung im Ostkongo.

Auch die zivilen Unterstützungsmaßnahmen im Kongo haben mich interessiert. Dabei wurde klar, dass beispielsweise die Strategie der Bundesregierung und der internationalen Partner zur Entwaffnung der Milizen nicht erfolgreich ist. Aus meiner Sicht ist die freiwillige Entwaffnung der FDLR gescheitert und auch die deutsche Unterstützung der EU-Missionen wie EUSEC (zur Reform des Sicherheitssektors) und EUPOL (zur Polizeireform) ist völlig unzureichend.

Der zuständige Staatsminister sprach ‚vom guten Willen‘ und führte die Aufstockung der Personenzahl bei EUSEC von eins auf fünf an. Ein Hohn wenn man die begangenen Menschenrechtsverletzungen im Land bedenkt.

08 Birma: Geberkonferenz hätte nicht unpolitisch sein dürfen

Der Einsatz des UNO-Generalsekretärs vor Ort für einen uneingeschränkten Zugang ausländischer Helfer in die Krisenregion ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Ankündigung der Militärjunta im Vorfeld der Geberkonferenz in Rangun am 25. Mai, ausländische Nothelfer jetzt uneingeschränkt im Land operieren zu lassen, ist aber mit äußerster Vorsicht zu genießen. Bislang wurden ähnliche Versprechen immer wieder gebrochen.

In keinem Fall hätte auf der Geberkonferenz nur der Klingelbeutel herumgereicht werden dürfen, um der Junta die Nothilfe zu finanzieren, während die konkrete Hilfe bei den Menschen nicht ankommt. Die internationale Gemeinschaft hätte geschlossen klare Bedingungen stellen müssen. Ein weiteres Taktieren der Junta zur Absicherung ihrer Macht auf Kosten der Menschen hätte verhindert werden müssen. Schon jetzt zeigt sich, dass die Junta bereits wieder beginnt, das Land abzuschotten. Das Leben vieler tausend Menschen ist hiervon weiterhin unmittelbar bedroht. Jedes Kind, das aufgrund verseuchten Trinkwassers stirbt, ist ein grausames Beispiel für den Mord an der eigenen Bevölkerung. Die Junta verletzt durch ihre unterlassene Hilfeleistung in menschenverachtender Weise ihre Schutzverantwortung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Das international verbriefte Recht ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Nahrungssicherheit tritt sie mit Füßen.

Wenn die Militärjunta jetzt nicht unverzüglich und uneingeschränkt die bereitstehenden Hilfsgüter ins Land lässt und deren schnelle Verteilung auch durch erfahrene ausländische Helfer zulässt, dann muss eine Anklage der verantwortlichen Mitglieder der Junta vor dem Internationalen Strafgerichtshof offen diskutiert werden.

09 Dalai Lama bei den Grünen

Im Rahmen seines Deutschlandbesuches trafen VertreterInnen der Grünen Fraktion am 19. Mai 08 im Bundestag mit dem Dalai Lama zusammen. Es stand in einer langen Tradition grünen Engagements für die Rechte von Tibeterinnen und Tibetern. Seit 1985 setzte sich Petra Kelly für Tibet ein. Mit einer kleinen Anfrage (10/6127) am 16. Juni 1986, die sie zusammen mit ihrem Fraktionskollegen Herbert Rusche einbrachte, sorgte sie dafür, dass Tibet zum ersten Mal im Deutschen Bundestag Erwähnung fand. Eine Reihe weiterer Anfragen, mehrere Anhörungen, Dialoge und Schriftwechsel mit chinesischen und deutschen Regierungsvertreterinnen und -vertretern sowie Kontakte zur tibetischen Exilregierung und dem Dalai Lama folgten auf diese Anfrage.

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

Auch heute unterstützen Grüne die Forderungen des Dalai Lama nach Gewährleistung der Menschenrechte aller Tibeterinnen und Tibeter und insbesondere auf freie Religionsausübung und Schutz und Wahrung ihrer kulturellen Identität. Wir fordern von der chinesischen Regierung ein Ende der Repressalien in Tibet, eine Öffnung der Region, Schutz und Garantie der Menschenrechte sowie ernsthafte und konkrete Verhandlungen mit dem Dalai Lama über die Zukunft Tibets innerhalb Chinas und die Rechte der Tibeterinnen und Tibeter.

10 Konferenz zur Energieaußenpolitik

Um die zusammenhängenden Menschheitsprobleme der globalen Energieversorgung, der Ressourcenkrisen und des Klimawandels zu lösen, muss heute auf allen politischen Ebenen entschlossen gehandelt werden. Die Zeit drängt, und die riesigen Herausforderungen einer globalen Energiewende können nur bewältigt werden, wenn sofort umgesteuert wird. Der Zugang zu Energie und der Aufbau umweltverträglicher Energiesysteme wird zunehmend auch ein zentrales Thema der Außenpolitik. Das wurde in einer Reihe von eindringlichen Beiträgen hochrangiger Gäste während der spannenden Konferenz vom 25. und 26. April im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages deutlich:

"Zukunftsfähige Energieaußenpolitik – Towards a Viable Foreign Energy Policy"

In meinem Redebeitrag habe ich deutlich gemacht, dass kein Kontinent wird so stark vom Klimawandel betroffen sein wird, wie Afrika und kein Kontinent wird aufgrund der weitverbreitete Armut und Aids so große Schwierigkeiten haben sich diesen neuen Herausforderungen des Klimawandels anzupassen.

Dabei liefert der afrikanische Kontinent selbst keinen nennenswerten Beitrag an der Erderwärmung. Denn er produziert aufgrund der niedrigen industriellen Entwicklung weniger als 3 Prozent des weltweiten CO₂. Hinzu kommt, dass der Klimawandel einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion zur Folge hat, der für Afrika besonders gravierend ist, wie die jüngsten Hungeraufstände zeigen. Gerade wir Europäer müssen uns deshalb fragen, was unser Beitrag zur Unterstützung Afrikas ist.

Ein positives Signal ist die Gemeinsame EU-Afrika-Strategie und der dazugehöriger Aktionsplan, der den Aufbau einer Energiepartnerschaft und Partnerschaft hinsichtlich Bekämpfung des Klimawandels enthält, denn wir brauchen verfügbare, sichere, erschwingliche Klima-freundliche und nachhaltige Energie für beide Kontinente.

Aber für Grüne ist ein Dialog über friedliche Nutzung der Atomenergie nicht zielführend, da Atomenergie keine nachhaltige Energiesicherheit schafft. Diese gerade von Frankreich betriebene Strategie lehnen wir deshalb kategorisch ab.

Mehr zu diesen und anderen Themen könnt ihr in dem Reader zu den Ergebnissen der Konferenz nachlesen, der in Kürze vorliegen wird.

http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/dok/229/229584.kongress_zukunftsaehige_energieaussenpo.html

infobrief Juni 08/ Kerstin Müller

II Grünes Jubiläum: 25 Jahre Grüne im Bundestag



Ein kleines Erdbeben erschüttert am 29. März 1983 das politische Bonn. Ein bunter Zug von Frauen und Männern bewegt sich auf den Plenarsaal des Deutschen Bundestages zu – FriedensaktivistInnen aus aller Welt, AntiatomkämpferInnen aus Wyhl, Gorleben und Brokdorf, Feministinnen aller Couleur, Schwule und Marieluise Beck bei Einzug der Grünen im Bundestag. Willy Brandt begrüßt Petra Kelly. Lesben, die "Kochbrigade" der Startbahn West, bürgerliche NaturschützerInnen und Frankfurter Spontis, liberale Bürgerinnen und Bürger, denen die Freiheitsrechte im Rechtsstaat unabdingbar sind, daneben vermutlich einige HausbesetzerInnen – sie alle hoffen, nach der Bundestagswahl am 6. März und dem Sprung der Grünen über die Fünf-Prozent-Hürde nun eine Stimme im Parlament zu bekommen.

Vor Ihnen rollte eine übergroße Weltkugel: "Global denken, lokal handeln" war das Motto. Und ist es bis heute geblieben. Ob beim Klimaschutz, in der Entwicklungshilfe oder in der Außenpolitik. Wir sind diesem Grundsatz immer treu geblieben und deshalb feierte die Bundestagsfraktion am 3. Juni diesen Tag auch entsprechen.

Eine Online-Ausstellung von damals bis zur Gegenwart findet ihr unter:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/ausstellung/rubrik/1/1197.ausstellung.html>